

Flashmobs zum FSJ-Jubiläum

Der PARITÄTISCHE Hessen betreibt zwei Servicestellen Freiwilligendienste in Frankfurt und Marburg. Er betreut rund 180 junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr und bietet zudem Plätze im Bundesfreiwilligendienst (BFD).



Flashmob zum FSJ-Jubiläum in Frankfurt. (Foto: Daniela Mohr)

Geburtstags-Ständchen auf der Hauptwache: Rund 100 junge Menschen haben sich im Mai auf dem zentralen Platz in Frankfurt zum Flashmob getroffen, um das 50-jährige Bestehen des Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) zu feiern. Ähnliche Aktionen gab es zeitgleich auch in Darmstadt, Wiesbaden, Marburg, Kassel und Fulda. Die Flashmobs wurden gefilmt und später bei einem Festakt für das FSJ im Hessischen Landtag gezeigt.

Auch nach einem halben Jahrhundert ist die Idee, sich für andere zu engagieren und dabei selbst an neuen Aufgaben zu wachsen, nicht in die Jahre ge-

kommen. Ganz im Gegenteil: Sie liegt voll im Trend. Eine Erfolgsgeschichte also, die die Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste Hessen gebührend feiern wollte.

Der PARITÄTISCHE Hessen ist einer der Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres in Hessen und betreut derzeit rund 180 junge Menschen im FSJ. Plätze bietet er außerdem im Bundesfreiwilligendienst an, der 2011 als weiterer Freiwilligendienst eingeführt wurde. Um die Freiwilligen und die Einsatzstellen möglichst ortsnahe betreuen zu können, hat er zwei Servicestellen Freiwilligendienste eingerichtet, in

Frankfurt und in Marburg. Die Servicestelle in Marburg hat der PARITÄTISCHE Hessen vor zweieinhalb Jahren eröffnet. Erst in diesem Frühjahr ist sie erweitert worden und in zentralere, barrierefreie Büroräume umgezogen.

Der PARITÄTISCHE Hessen versteht sich als Vermittlungs-Instanz zwischen den Freiwilligen und den Einsatzstellen. Er wirbt auf Berufsmessen, Hochschulerkundungstagen oder bei Schulveranstaltungen. Außerdem informiert und berät er Mitgliedsorganisationen, die Freiwillige beschäftigen möchten. Aktuell sucht er noch weitere soziale Einrichtungen, die jungen Menschen die Chance geben, einen Freiwilligendienst zu absolvieren.

k o n t a k t

■ Servicestelle
Freiwilligendienste Frankfurt
Leitung: Ronny Bär
Eschersheimer Landstr. 10
60322 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 - 219 768 79-16

■ Servicestelle
Freiwilligendienste Marburg
Koordination: Iris Demel
Bahnhofstraße 38
35037 Marburg
Tel.: 06421 - 304 070 0

E-Mail: fsj@paritaet-hessen.org
www.paritaet-fwd.org

Diskussion über Zukunftskonzepte

Wie muss sich der PARITÄTISCHE Hessen inhaltlich, strukturell und personell aufstellen, um als Spitzenverband zukunftsfähig zu bleiben? Darum geht es im Projekt „PARITÄT 2020“, das im vorigen Jahr mit einer Mitgliederbefragung gestartet wurde. Jetzt haben Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen über die Ergebnisse und die Strukturen diskutiert.

Sie seien „die Keimzelle gemeinsamer Ethik“ und „als basisdemokratischste Ebene“ des PARITÄTISCHEN Hessen „wichtig und wertvoll“, unter anderem auch um „dem politischen Mainstream etwas entgegenzusetzen“ – für die paritätischen Kreisgruppen in den Landkreisen oder Kommunen gab es bei der Diskussion in Bad Nauheim reichlich Lob. Rund 30 Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen waren gekommen, um sich über die Ergebnisse der Mitgliederbefragung auszutauschen, die Martin Lacroix von der Universität Gießen im Auftrag des PARITÄTISCHEN Hessen durchgeführt hat. In dieser Untersuchung wurde in Einzelinterviews und in Gesprächen in Fokusgruppen auch deutliche Kritik an den Kreisgruppen geäußert, so dass sich die Frage stellte, ob diese Gremien in ihrer derzeitigen Form noch zukunftsfähig sind.

Eindeutig beantwortet werden konnte diese Frage auch bei der Diskussion in

Bad Nauheim nicht. Es zeigte sich vielmehr, dass die Kreisgruppen in den verschiedenen Regionen unterschiedlich rege besucht werden. Und es wurde erneut klar, dass die Anforderungen der Mitglieder nicht einheitlich sind. Dennoch wurde mehrheitlich betont, dass die Kreisgruppen sowohl in ihrer basisdemokratischen Funktion, als auch für die Abstimmung der lokalen Lobbyarbeit und zur Mandatierung der paritätischen Vertreter in Ausschüsse oder Liga notwendig seien.

Zur Debatte stand bei dem Treffen in Bad Nauheim auch, welche inhaltlichen und personellen Merkmale die Regionalgeschäftsstellen des PARITÄTISCHEN Hessen im Jahr 2020 aufweisen sollen. Dabei äußerten sich die Mitgliedsorganisationen überwiegend sehr zufrieden über die derzeitige Beratung, Betreuung und Vertretung durch die Regionalgeschäftsführerinnen und Regionalgeschäftsführer. Sie weisen ihnen eine Rolle zu, die der

eines „Hausarztes“ gleicht. Gesehen werden sie als erste Anlaufstelle, die gegebenenfalls „Fachärzte“ hinzuzieht. Übertragen auf den PARITÄTISCHEN Hessen wären diese Experten die FachreferentInnen, die in der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt angesiedelt sind. Aber von mehreren Mitgliedern wurde auch eine unzureichende personelle Ausstattung der Regionalgeschäftsstellen angemerkt, die zu einer fundierten Vertretung in den lokalen Gremien beziehungsweise zur erforderlichen Lobbyarbeit vor Ort nicht ausreichte.

Die Qualität der fachlichen Beratung durch die FachreferentInnen bewerteten die Mitgliedsorganisationen positiv – sowohl in der Befragung durch Martin Lacroix als auch in der Diskussion in Bad Nauheim. Durchaus gewünscht wird aber eine personelle Aufstockung in den Fachreferaten mit großer Mitgliederzahl, wie das Referat Kinder- und Jugendhilfe, da der Unterstützungsbedarf bei den Mitgliedsorganisationen stetig wächst.

Thematisiert wird im Rahmen des Projekts „PARITÄT 2020“ auch die Lobbyarbeit, der die meisten Mitgliedsorganisationen einen hohen Stellenwert zumessen. Bei der Diskussion in Bad Nauheim wurde der PARITÄTISCHE Hessen als Verband gewürdigt, „der die Entsolidarisierung mit Schwächeren nicht mitmacht“. Über die konkrete Ausgestaltung der Lobbyarbeit gehen die Ansichten aber durchaus auseinander. So wurde das Ziel, auf Politik Einfluss zu nehmen und so ihre Entscheidungen zu beeinflussen, bei dem Treffen in Bad Nauheim ebenso formuliert wie der Einwand, dass diese Art der Lobbyarbeit eine „Mauschelei“ sei, an der sich der PARITÄTISCHE Hessen nicht beteiligen solle.



Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisation diskutieren in Bad Nauheim.

Foto:
Artur Bernacki

Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung und der anschließenden Diskussionsrunden sollen als Grundlage für eine Gesamtstrategie dienen, die eine klare Profilbildung sowie eine moderne Ausgestaltung der Organisations- und Angebotsstruktur des PARITÄTISCHEN Hessen möglich macht.

Hintergrund und Anlass des Projekts „PARITÄT 2020“ ist vor allem, dass in den kommenden Jahren ein Generationswechsel bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des PARITÄTISCHEN Hessen ansteht, der aktiv und nachhaltig gestaltet werden soll.

bhe

unter dem Bundesdurchschnitt. Die Grünen konstatierten, es gebe derzeit für einen kompletten Systemwechsel mit einer Abschaffung aller Förderschulen „keine gesellschaftliche und politische Mehrheit“. Als Zwischenschritt wollen sie Schwerpunktschulen für Inklusion schaffen, sind aber nach eigenen Angaben an diesem Punkt mit ihrem Bündnispartner CDU „noch relativ weit auseinander“.

Austausch im Landtag

Das umstrittene Kinderförderungsgesetz (KiföG) und die Inklusion waren zentrale Themen bei einem Fachgespräch, das Referentinnen und Referenten des PARITÄTISCHEN Hessen jetzt mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen geführt haben.

Dabei forderte der PARITÄTISCHE Hessen eine tabulose, offene Evaluation des KiföG. Die Grünen sind seit Januar 2014 Juniorpartner der CDU im Wiesbadener Landtag. In ihrem Koalitionsvertrag haben beide Parteien festgeschrieben, das umstrittene KiföG ab Mitte 2014 an einem Runden Tisch zu bewerten und bei Problemen nachzusteuern. Im vorigen Jahr hatten Erzieher/-innen, Eltern und Wohlfahrtsverbände vehement gegen das Gesetz protestiert, das noch die CDU/FDP-Mehrheit verabschiedet hat, die kurz darauf abgewählt wurde. Kritisiert wurde unter anderem, dass im KiföG Vorgaben zur Integration von Kindern mit Behinderung fehlen und seine neue Finanzierungsstruktur die Existenz kleiner Einrichtungen gefährdet.

Weiteres Thema bei dem Fachgespräch war der „Pakt für den Nachmittag“, mit dem das Land die Betreuung von Grundschulkindern nach und nach flächendeckend für die Zeit von 7.30 bis 17 Uhr garantieren will. Der PARITÄTISCHE Hessen pochte darauf, dabei auch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege einzubeziehen. Denn zahlreiche Vereine, die bereits Betreuung und Sozialarbeit an Schulen leisten, sind Mitglied im PARITÄTISCHEN Hessen. Diese vorhandenen Strukturen müssen erhalten und ausgebaut werden.



Austausch im Wiesbadener Landtag. Foto: Barbara Helfrich

Gemeinsamer Unterricht

Die Inklusion muss auch beim „Pakt für den Nachmittag“ mitgedacht werden, betonte der PARITÄTISCHE Hessen beim Fachgespräch mit den Grünen. Und der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung dürfe sich nicht auf Grundschulen beschränken, sondern müsse auch an weiterführenden Schulen etabliert werden – und zwar ohne den personellen und finanziellen Ressourcenvorbehalt, der im hessischen Schulgesetz verankert ist und die schulische Inklusion quasi zu einer Kann-Leistung macht. Derzeit liegt Hessen bei der schulischen Inklusion noch deutlich

Sozialbudget bleibt vage

Dass die schwarz-grüne Landesregierung zum Zeitpunkt des Gesprächs noch in der Findungsphase war, zeigte sich auch bei der anschließenden Diskussion über das geplante Sozialbudget in Höhe von 70 Millionen Euro

für die nächsten fünf Jahre. Über seine Ausgestaltung werde erst bei den Haushaltsberatungen im Herbst entschieden, so die FraktionsvertreterInnen der Grünen. Mit dem Sozialbudget sollen Lücken gestopft werden, die das Sparprogramm „Operation sichere Zukunft“ der damaligen CDU-Regierung vor zehn Jahren in der soziale Infrastruktur gerissen hat.

Details zur künftigen Mittelvergabe nannten die Grünen trotz mehrfacher Nachfrage in dem Fachgespräch mit dem PARITÄTISCHEN Hessen nicht, räumten jedoch ein: „Wir werden nicht alles rekonstruieren können, was es vor 2003 gab.“

Auszeichnung für Harold Becker

Der Kasseler Regionalgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen ist von der Universität Kassel mit der Universitätsmedaille geehrt worden. Die Hochschule würdigt damit seine Verdienste um die Verbindung der Universität mit der Sozialwirtschaft und den gemeinwohlorientierten Einrichtungen der Region.

„Mit Harold Becker hat die Universität einen Freund an ihrer Seite, der durch sein Engagement dazu beiträgt, unsere Hochschule mit der Zivilgesellschaft der Region zu verknüpfen, der aber auch Forschung und Lehre immer wieder durch Anstöße bereichert“, hob Universitäts-Präsident Prof. Dr. Rolf-Dieter

Postlep hervor. „Er ist bekannt als guter Netzwerker zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, und dass er dabei auch im Sinne der Universität wirkt, dafür sind wir ihm sehr dankbar.“

Harold Beckers besonderes Interesse gilt den Themen Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenmanagement. Er gab den Anstoß zu dem Konzept „Service Learning“, bei dem Lehren und Lernen an der Universität sinnvoll mit praktischem Engagement für das Gemeinwohl verbunden werden. Studierende vertiefen ihr Lernen, indem sie reale gemeinwohlorientierte



Harold Becker

Aufgaben bearbeiten, beispielsweise indem Architektur-Studierende DIN-Vorschriften zur Barrierefreiheit nicht nur theoretisch kennenlernen, sondern beim Umbau eines Seniorenheims auch praktisch umsetzen. Becker hatte die Bewerbung der Universität um eine Förderung dieses Konzepts angeregt und begleitet. Inzwischen hat die Universität Kassel eines der deutschlandweit erfolgreichsten Service-Learning-Programme. Insbesondere die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und der Koordinationsstelle für Service Learning von UniKasselTransfer gilt als vorbildhaft. Darüber hinaus organisiert Becker für die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Kooperation mit der Universität Kassel die Vortragsreihe „Sozialwirtschaft trifft Wissenschaft“. Ziel dieser Reihe ist es, Kontakte und Kooperationen zwischen Praxis und Wissenschaft zu vertiefen und auszuweiten.

Becker ist zudem stellvertretender Vorsitzender des „Vereins zur Förderung von Forschung und Wissenstransfer in Sozialrecht und Sozialpolitik e.V.“ und treibt auch in dieser Funktion den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft voran. Der Verein unterstützt den „Forschungsverbund für Sozialrecht und Sozialpolitik“ (FOSS) der Universität Kassel und der Hochschule Fulda.

Harold Becker wurde 1950 in Bad Sooden-Allendorf geboren und studierte Politikwissenschaft an der FU Berlin. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

Postkarten zum Verbandstag



„Vielfalt anerkennen – Benachteiligung verhindern“

„Sozialraum für alle – Zukunftskonzept oder Sozialromantik?“ hieß das Thema, über das Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen beim Verbandstag im März 2014 diskutiert haben. Vier prägnante Zitate von Teilnehmenden hat der PARITÄTISCHE Hessen jetzt auf Postkarten veröffentlicht: „Menschen kommen in Bewegung – Fachleute denken um“, „Sozialraum lebt vom gemeinsamen Handeln“, „Glückliche Stadtteile sind keine Illusion – Zusammenhalt braucht Anschub“ und „Vielfalt anerkennen – Benachteiligung verhindern“.

Das Bildmotiv ist ein Gemeinschaftswerk der Künstlerinnen und Künstler Gerd Grünhagen, Jürgen Klaban, Silvia Rittcher, Christiane Scherner, Heike Simon, Gabriele Ross und Robert Wilhelm. Es ist bei einer Malaktion der Initiative BehindART ebenfalls beim Verbandstag entstanden und ziert inzwischen eine Wand in der Landesgeschäftsstelle des PARITÄTISCHEN Hessen..

Die Postkarten können kostenlos per email bestellt werden bei:

Renate Simon (renate.simon@paritaet-hessen.org) Tel.: 069-955 262-41.